

Regierungsrat Atici nimmt Stellung zu Unibesetzungen

Die SVP forderte Antworten zum Vorgehen der Uni. Diese beantragt Personendaten der Besetzenden.

Vor zehn Tagen kam es an der Universität Basel zum zweiten Mal innerhalb von zwei Wochen zu einem Polizeieinsatz. Dies, weil etwa 50 Personen rund um die propalästinensische Gruppierung «Unibas4Palestine» Räumlichkeiten besetzt hatten. Bürgerliche Politikerinnen und Politiker kritisierten das Vorgehen der Uni als zu lasch. Die Leitung habe Ultimaten aktionslos verstreichen lassen und habe zu lange nicht räumen lassen.

In Form von zwei Interpellationen wollten die SVP-Grossräte Joël Thüring und Felix Wehrli gestern im Grossen Rat Antworten von Bildungsdirektor Mustafa Atici (SP). «Ich bin der Meinung, die Unileitung hat nicht richtig reagiert, sagte Thüring. So wisse man etwa aus der Kindererziehung, dass es nicht sinnvoll sei, auf Ultimaten keine Taten folgen zu lassen.

Wehrli wollte unter anderem wissen, wieso der Regierungsrat nicht selbst Strafantrag gestellt und eine Räumung beantragt habe. Atici stellte klar, dass es nicht in der Kompetenz des Regierungsrates liege, direkt in den Universitätsbetrieb einzu-

greifen. Er erklärte das Vorgehen der Uni bei der Besetzung des Bernoullianums. So habe die Uni zwischen dem Einreichen eines Strafantrags und dem Eingreifen der Polizei bewusst ein Zeitfenster offen gelassen. Dies, um den Aktivistinnen und Aktivisten die Möglichkeit zu bieten, das Gebäude freiwillig zu verlassen. Die Universität habe versucht eine Eskalation durch eine polizeiliche Räumung zu vermeiden, damit keine Gebäude beschädigt oder Personen verletzt werden.

Universität behält sich Massnahmen vor

Nach der Räumung der ersten Besetzung, am 15. Mai, hat die Polizei die Personalien von 43 Personen aufgenommen. Am 27. Mai wurden die Daten von 20 Personen aufgenommen. Die Uni habe bei der Polizei die Herausgabe der Personalien beantragt und behalte sich Massnahmen vor, sagte Atici. Wie viele Aktivistinnen und Aktivisten sich an sämtlichen Besetzungen beteiligt haben, sei dem Regierungsrat nicht bekannt. (zaz)